

Die **EXEKUTIVE**

Nr. 6 | 2022 | € 3,97



**Die Polizei wird es
schon wieder richten**

Foto: Adobe Stock



Antonius – Apotheke Wagna

Mag. Birgit Bartl – Martiniuk KG

Marburgerstraße 87
8435 Wagna

Telefon: +43 3452 71721
Fax: + 43 3452 7172 - 4
E-Mail: office@antonius-apo.at



Täglich
von 09.00 bis 21.00 Uhr
Küche bis 20.00 Uhr
(kein Ruhetag)

Gasthaus Kreuzwirt

Annaplatz 2 | 8020 Graz
tel: +43 316 57 44 40
m: office@kreuzwirt-graz.at

Facharzt für Urologie
Univ. Prof. Dr.

Richard Zigeuner

Stellv. Leiter Univ. Klinik Graz

. gesamte Urologie inklusive
laparoskopische Eingriffe (Niere)
. urologische Tumorerkrankungen

Ord.: Mo + Do 16-22 Uhr nach
tel. Voranmeldung (nur privat)
unter 0664 / 92 03 706

Franckstraße 21
8010 Graz
(Parterre links)
www.urologe-zigeuner.at

WIR BIETEN IHNEN
IDEALE LÖSUNGEN
IN SACHEN WERBUNG,
BILDBEARBEITUNG
UND DRUCK



Fine gute Idee weiter

rypka.at

RYPKA. WERBUNG DRUCK

Unterberg 58-60 | 8143 Dobl-Zwaring | T +43 3136 200 16

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbei-
tern, Insereuten und allen Mitgliedern der
KdEÖ und den Leserinnen und Lesern
unseres Magazins "Die Exekutive":

ein friedvolles

Weihnachtsfest

und viel Erfolg im

neuen Jahr!



Deine Personalvertretung!



EU braucht taugliches Asyl- und Migrationssystem, jetzt!

9

IMPRESSUM

Eigentümer, Herausgeber und Verleger:

Kameradschaft der Exekutive Österreichs im ÖAAB, 1080 Wien, Laudongasse 16

Vorsitzender: Reinhard Zimmermann

Pressereferent: Leonhard Schinkel, Gerhard Diem

Redaktion: 1080 Wien, Laudongasse 16, Telefon: 01 / 401 43 226.

Büro erreichbar: Mittwoch und Donnerstag: 8.00-15.00 Uhr
Freitag: 8.00 - 12.00 Uhr, BAWAG PSK-Konto Nr. 1280764

Anzeigenleitung: Leopold Schneider

Inhalt: Informationen und Nachrichten für Mitglieder und Freunde der Interessensvertretung KdEÖ im ÖAAB. Vom Autor gezeichnete Kommentare stimmen nicht immer mit der Meinung des Herausgebers überein.

Grafik: Werbeagentur Rypka, Unterberg 58-60, 8143 Dobl/Graz, www.rypka.at

Druck: Druckhaus Thalerhof, Gmeinergergasse 1 – 3, 8073 Feldkirchen bei Graz

ZVR-Nr.: 316 299 167

e-mail: kdeoe@dieexekutive.at



Höheres Gehalt für Polizei- und JustizwacheschülerInnen

10

Die Exekutive

Seit 1948 das offizielle Organ der Kameradschaft der Exekutive Österreichs
Ausgabe Nr. 6/2022

Inhalt

Jede Verwertung, insbesondere Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung, Mikroverfilmung, Einspeisung und Verarbeitung in elektronischen Systemen bedarf der Zustimmung des Herausgebers.

I
N
H
A
L
T

Gehaltserhöhung ab 1.1.2023

9,41 - 7,15 %
mindestens 170 Euro

Vergütungen & Zulagen: 7,32 %



Rekordbudget im Kampf gegen Kriminalität

15

Konsequenzen nach Krawall-Nacht

17



Neue Mobilität benötigt neue Regeln **19**



Die Justizwache zeigte am Nationalfeiertag ihr Können

38

Hat sich dein Name oder deine Adresse geändert?

In diesen Fällen sende uns ein E-Mail (kdeoe@dieexekutive.at).
Du kannst uns aber auch auf unserer Website www.dieexekutive.at deine neuen Daten bekannt geben.





Reinhard Zimmermann

Was liegt, des pickt!

**Liebe Kameradin,
lieber Kamerad!**

Gerade in den letzten Wochen wurde wieder einmal die Polizei vor große und auch neue Herausforderungen gestellt.

Nach den immensen Aufgaben im Zusammenhang mit der Covid 19-Pandemie, gilt es nun eine neue Flüchtlingswelle zu bewältigen. Nun, so ganz neu ist diese allerdings nicht, weil man als normal denkender Mensch eine Flüchtlingswelle schon fast erahnen konnte. Die EU kümmert das aber wenig, das ist mittlerweile auch nichts Außergewöhnliches. Einige europäische Staaten, wie allen voran auch Österreich, werden eben mit dem Thema alleine gelassen. Sollen diese halt schauen wie sie mit der Situation zu Rande kommen – könnte man den Eindruck gewinnen. Nebenbei erwähnt ist es aber nicht nur die EU, sondern auch der Großteil der Bundesländer und deren Hauptleute, die anscheinend die Meinung vertreten: Soll doch der Minister Karner schauen wie er weiterkommt, soll er sich die Flüchtlinge doch mit nach Hause nehmen, soll er



doch machen was er will, uns geht das nichts an. Wie ich schon im Sommer

Die Politik glaubt offenbar, dass am Ende ohnedies bei jedem Thema die Polizistinnen und Polizisten die sind, die es schon wieder irgendwie richten werden.

2022 in einer Ausgabe der Exekutive schrieb, glaubt die Politik offenbar, dass am

Ende ohnedies bei jedem Thema die Polizistinnen und Polizisten die sind, die es schon wieder irgendwie richten werden. Dabei vergisst man, dass die Kapazitäten der Polizei eigentlich nur auf einen „normalen“ Dienstbetrieb ausgelegt sind. Sowohl strukturell als auch personell. Die Polizei wird es schon wieder richten – meint man offenbar. Allerdings kommt nun im Zusammenhang mit den Demonstrationen der Klimaaktivisten eine ganz neue Herausforderung auf uns zu, so ganz nebenbei eben. Ja, auch ich bin für das demokratische Recht der freien Meinungsäußerung und des Demonstra-





Foto: Adobe Stock

tionsrechtes. Hat man es sich doch hart erkämpft. Was aber in diesem Zusammenhang in den letzten Wochen auf Österreichs Straßen (und nicht nur dort) so abgegangen ist, verstehe ich nun nicht wirklich. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger, aus welchem Land auch immer, kleben sich mit ihren Händen an den Fahrbahnen fest, oder schütten alles Mögliche auf wertvolle Gemälde. Ob das der richtige und effektivste Weg ist, um den oft zitierten Klimawandel in den Griff zu bekommen, wage ich zu bezweifeln. Dass die damit verbundene Beeinträchtigung des öffentlichen Lebens durch die Polizei beamtshandelt werden muss, liegt auf der Hand, dafür sind wir nun mal da. Ich sehe aber nicht ein, dass die Kolleginnen und Kollegen, wie man in Fernsehberichten sehen konnte, oftmals unter Einsatz von Azeton, versuchen müssen die Herrschaften wieder von der Fahrbahn abzulösen. Sind wir wegen Gefahr im Verzuge oder der ersten allgemeinen Hilfeleistungspflicht dazu berufen? Oder sollte man dafür doch vielleicht ausgebildetes medizi-

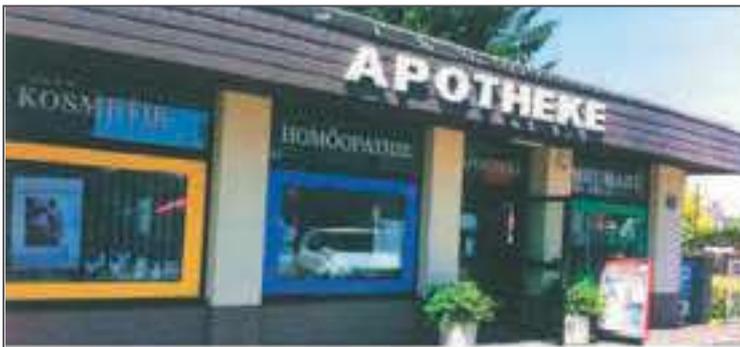
nisches Personal anfordern? Was, wenn sich wegen einer möglichen Verletzung die Demonstranten an KollegInnen schadlos halten wollen? Ich denke, dass man sich die Zeit nehmen sollte (wäre vermutlich ja auch im Sinne der Demonstranten) um medizinisches Personal beizuziehen. Die verantwortlichen Führungskräfte machen es sich aus meiner Sicht hier sehr leicht, immer wieder die Polizei für „artfremde“ Tätigkeiten einzusetzen. Sind sie selbst ja nicht davon betroffen, da ordnet man schon einmal leichtfertig etwas an. Nein – für die Loslösung solcher Demonstranten muss medizinisches Personal angefordert werden. Bei Gefahr im Verzuge sind wir natürlich auch dafür da, eine solche kann ich aber beim besten Willen hier nicht erkennen. Die Damen und Herren haben sich freiwillig am mittlerweile kalten Asphalt angeklebt, dann wird wohl auch deren Bergung einige Zeit in Anspruch nehmen dürfen. Das Demonstrationsrecht ist ein Grundrecht und darf nicht beschnitten werden – das meine ich auch, aber

das Ablösen von selbst angeklebten Demonstranten muss wohl jemand anderer übernehmen. Oder werden wir vielleicht künftig auch dafür eingesetzt, dass man den DemonstrantInnen die Schuhbänder bindet, wenn sie sich geöffnet haben? Die Kolleginnen und Kollegen leisten in allen möglichen Bereichen Tag für Tag wertvolle und unverzichtbare Arbeit. Demonstranten mit Azeton von der Fahrbahn abzulösen kann und darf aber nicht zu unseren Aufgaben zählen.

Euer
Reinhard Zimmermann
(Bundesvorsitzender)

Trotz allen derzeitigen Herausforderungen, oder gerade deswegen, wünsche ich euch ein friedvolles Weihnachtsfest im Kreise eurer Lieben und einen gesunden Rutsch ins neue Jahr. Danke für eure Arbeit!





APOTHEKE NEUHART

Mag. pharm. Dr. Norbert Berger KG

Kärntner Straße 152 | 8053 Graz | Tel. 0316 / 27 21 88

Schrott-Truber

Ges.m.b.H.

IHR PARTNER FÜR ENTSORGUNG

METALL · DEMONTAGEN · CONTAINERDIENST

1945

71 Jahre

2021

A-8401 Kalsdorf
Hauptstraße 282

Tel./Fax 0 31 35/539 18

Mobil 0 67 6/318 58 55

0 66 4/983 47 34

www.schrott-truber.com

0 66 4/923 53 50



Reinhard

PUCHLEITNER TRANSPORTE

IFS-Zertifiziert

Email: office@puchleitner-kuhltransporte.at

Transporte - Kühllogistik - Kühlhaus - Handel mit Lebensmitteln u. KFZ

Industriestraße 14 - 8502 Lannach

Fil.: Ferdinand-Wedenig Str. 56, 9500 Villach-Zauchen

www.puchleitner-kuhltransporte.at

Dr. Richard

Mieten Sie Ihren Bus mit Fahrer!

Ob Kleinbus, Reisebus oder Premium Class, wir haben den richtigen Bus für Sie.

Jetzt anfragen
richard.at

FLIXBUS

Dr. Richard



Jetzt buchen auf FlixBus.at

Restaurant „Brandhof“

Franz Kaufmann

Gleisdorfergasse 10, A-8010 Graz

Tel.: 0316/82-42-55 Fax: 0316/82-42-555



Foto: Adobe Stock

EU braucht taugliches Asyl- und Migrationssystem, jetzt!

Im Rat der EU-Mitgliedstaaten wird im Zuge der Vorstellung des Kommissionsarbeitsplans für 2023 das Thema Migration behandelt. Im Europäischen Parlament zeichnet Lukas Mandl als österreichischer Europaabgeordneter im Innenausschuss und Sicherheitssprecher der ÖVP parlamentarisch mitverantwortlich für „die Realisierung eines tauglichen EU-Asyl- und -Migrationssystems.“

Die Europäische Kommission hat vor mehr als zwei Jahren ihren Vorschlag auf den Tisch gelegt. Der Rat der mitgliedstaatlichen Regierungen und auch das Europäische Parlament hätten längst ihrer Verpflichtung nachkommen müssen, den Vorschlag zu verhandeln und zu verabschieden. Denn der Vorschlag ist gut. Auch die österreichische Bundesregierung nennt ihn von Anfang an eine gute

Diskussionsgrundlage. Aber der Prozess wird verschleppt - nicht nur im Rat, sondern auch bedauerlicherweise von relevanten Teilen des Europaparlaments, die aus ideologischen Gründen blockieren. Das kann man weder gegenüber den Unionsbürgerinnen und -bür-

Lukas Mandl:
„Österreich hat unter anderem mit der Rückführungskonferenz in Wien wichtige Schritte vorwärts gesetzt.“

gern noch gegenüber den Flüchtenden verantwortlich“, sagt Mandl.

Migration ohne Asylgrund
„Inhaltlich geht es um die Verhinderung der Migration ohne Asylgrund durch

Aufklärung gegen die organisierte Schlepperkriminalität und die hybride Kriegsführung, durch die Migrationswellen ausgelöst werden. Menschen ohne Asylgrund verlieren Zeit und Geld, manchmal sogar ihre Leben. Es geht um echten Außengrenzschutz, schnellere Asylverfahren und Solidarität innerhalb der EU auch bei der Abwicklung von Asylverfahren und der Rückführung. Hier muss die EU ihr ganzes Gewicht für Abkommen mit den Herkunftsländern in die Waagschale werfen, die Mitgliedsstaaten dürfen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen“, betont Mandl. Österreich habe „unter anderem mit der Rückführungskonferenz in Wien wichtige Schritte vorwärts gesetzt.“ Kein Staat könne dieses Thema allein bewältigen.



Lukas Mandl
Sicherheitssprecher der ÖVP
im Europaparlament

www.dieexekutive.at





Höheres Gehalt für Polizei- und JustizwacheschülerInnen

Foto: Adobe Stock

Mit der geplanten Novelle für den öffentlichen Dienst steigt das Grundgehalt beim Einstieg in den Exekutivdienst deutlich. Im ersten Ausbildungsjahr steigt es um rund 140 Euro netto und im zweiten und abschließenden Ausbildungsjahr um rund 200 Euro netto.

Aufgrund der geplanten Besoldungsreform liegt das

Grundgehalt künftig bei rund 2.000 Euro brutto. Im zweiten Ausbildungsjahr steigt das Gehalt auf bis zu 2.600 Euro brutto an.

Das Grundgehalt beim Einstieg in den Exekutivdienst steigt deutlich

Die Dienstrechtsnovelle ist derzeit in Begutachtung und soll mit Jahresbeginn 2023 in Kraft treten.

Einstiegsgehalt für Schülerinnen und Schüler im Exe-



Zahlreiche Forderungen der GÖD in der Dienstrechtsnovelle 2022 enthalten!

GÖD-Vorsitzender Norbert Schnedl: „Dass die Dienstrechtsnovelle viele Forderungen der GÖD enthält und endlich in Begutachtung geht, ist ein großer Erfolg!“

Großer Erfolg: Im Zuge der Verhandlungen wurden zahlreiche Verbesserungen und Modernisierungen erarbeitet

Der Begutachtungsentwurf zur 2. Dienstrechtsnovelle 2022 umfasst wichtige Verbesserungen, um die Attraktivität des Öffentlichen Dienstes weiter zu steigern!

„Dass die Dienstrechtsnovelle viele Forderungen der GÖD enthält und heu-

te endlich in Begutachtung geht, ist ein großer Erfolg! Im Zuge der Verhandlungen wurden zahlreiche Verbesserungen und Modernisierungen für alle Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst erarbeitet“, begrüßt GÖD-Vorsitzender Norbert Schnedl, dass langjährige Forderungen der GÖD nun bei der Politik Gehör finden.

Professionell, qualitativ und leistungsfähig

„Österreich kann sich auf einen professionellen, qualitativsten und leistungsfähigen Öffentlichen Dienst verlassen. Dass die hohe Funktionalität sämtlicher staatlicher Einrichtungen, insbesondere der Justiz, der öffentlichen Verwaltung, der inneren und äußeren Sicherheit sowie in Bildung und Gesundheit aufrechterhalten werden kann, ist dem großen Einsatz unserer Kolleginnen und Kolle-

gen in allen Bereichen des Öffentlichen Dienstes zu verdanken. Wir müssen die Rahmenbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen ständig verbessern. Nur dann, wenn wir für attraktive Arbeitsbedingungen sorgen, werden wir in einer Phase des demografischen Wandels – nahezu die Hälfte aller Kolleginnen und Kollegen werden in den nächsten 10 Jahren aus dem aktiven Dienst ausscheiden – auch genügend hoch qualifizierte junge Kolleginnen und Kollegen gewinnen können. Die Dienstrechtsnovelle leistet dazu einen wichtigen Beitrag“, sieht der GÖD-Vorsitzende in der vorliegenden Dienstrechtsnovelle positive Veränderungen für öffentlich Bedienstete.

Norbert Schnedl:
„Wir müssen die Rahmenbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen ständig verbessern.“

te endlich in Begutachtung geht, ist ein großer Erfolg!

Gehaltsabschlüsse öffentlicher Dienst

Steigerung in Prozent

— maßgebliche Inflation
(jeweils Oktober bis September)



* Durchschnitt, gestaffelt nach Einkommen;
2023: 7,15 bis 9,41 Prozent



Norbert Schnedl
GÖD-Vorsitzender

Norbert Schnedl hat bei den Gehaltsverhandlungen ein hohes Tempo an den Tag gelegt, und ist seiner konstruktiven Linie treu geblieben. In nur drei Verhandlungsrunden ist ihm und seinem Team ein hervorragendes Ergebnis für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes gelungen.
Christoph Zarits, ÖAAB

STABILITÄT & SICHERHEIT



göd.fcg

Im Mittelpunkt
der Mensch

goedfcg.at

01.01.2023

Exekutivdienst § 72 GehG

In der Gehaltsstufe	In der Verwendungsgruppe			
	E 1	E 2a	E 2b	E 2c
1	-	-	2.103,4	1.992,3
2	-	2.307,6	2.134,9	2.016,1
3	2.627,3	2.332,2	2.194,2	2.046,6
4	2.681,2	2.379,1	2.263,6	2.076,9
5	2.789,4	2.461,0	2.291,8	2.100,0
6	2.897,6	2.540,7	2.332,2	2.133,6
7	3.006,6	2.627,9	2.376,2	2.166,0
8	3.111,2	2.632,4	2.419,0	2.189,9
9	3.280,8	2.681,2	2.462,1	-
10	3.519,3	2.729,2	2.521,7	-
11	3.683,7	2.783,1	2.629,6	-
12	3.826,1	2.837,6	2.729,2	-
13	3.996,7	3.026,3	2.800,3	-
14	4.140,8	3.118,0	2.877,5	-
15	4.267,3	3.214,2	2.966,9	-
16	4.378,4	3.312,6	3.094,0	-
17	4.485,8	3.409,6	3.200,9	-
18	4.603,4	3.489,6	3.285,6	-
19	4.829,6	3.561,3	3.346,0	-
Max	398,0	76,7	76,7	-
Dez	415,3	122,7	121,3	-

Fixgehalt § 74a GehG

VGr. E 1	Stufe 1	Stufe 2
FGr. 12	10.336,5	10.900,7

Funktionszulage § 74 GehG

In der Verw. Gruppe	In der Funktionsgruppe	Funktionsstufe			
		1	2	3	4
E 1	1	80,5	94,1	107,6	121,3
	2	94,1	121,3	147,2	201,7
	3	229,0	323,1	469,2	938,4
	4	296,7	402,3	643,7	1.273,9
	5	323,1	429,7	696,9	1.367,9
	6	402,3	637,2	938,4	1.682,0
	7	469,2	604,0	1.008,3	1.742,9
	8	945,8	1.261,3	1.891,5	2.647,9
	9	1.008,8	1.267,8	2.080,9	3.161,8
	10	1.198,2	1.812,8	2.269,0	3.968,2
	11	1.512,8	1.766,2	2.621,6	4.286,6
E 2a	1	80,5	94,1	107,6	121,3
	2	94,1	121,3	147,2	174,8
	3	134,9	201,7	268,7	335,5
	4	201,7	268,7	335,5	402,3
	5	268,7	335,5	637,2	816,3
	6	335,5	402,3	671,0	871,7
	7	402,3	637,2	804,6	1.073,2

Wachdienstzulage § 81 GehG

Verwendungsgruppe	€
Absatz 2	95,2
E 2c	111,4
E 2a	111,4
E 1	127,7

Vergütung § 83 GehG (12x im Jahr)

Verwendungsgruppe	€
E 2c	133,6
E 2b	133,6
E 2a	133,6
E 1	132,6

Nebengebühren

Gefahrenzulage für Bundespolizei	€
60%	264,00
80%	276,57
40%	226,33
Gefahrenzulage für Justizwache	336,33
60%	
Gefahrenzulage je USt	3,018
Sonn- und Feiertagszulage	4,927
Zeltgutschriften - Äquivalent	22,27
Nachdienstgeld	3,09
Wochenend / Nachtdienstzulage	2,00

01.01.2023

Wachebeamten:innen § 138 GehG

In der Gehaltsstufe	Verw. Gr.	
	W 2	W 1
1	1.902,7	2.111,2
2	1.940,8	2.160,7
3	1.979,1	2.208,7
4	2.018,1	2.267,0
5	2.057,4	2.307,5
6	2.096,0	2.360,1
7	2.133,0	2.476,7
8	2.171,8	2.584,1
9	2.211,0	2.688,0
10	2.250,3	2.788,2
11	2.289,6	2.890,2
12	2.354,8	2.993,7
13	2.405,9	3.091,3
14	2.558,4	3.192,3
15	2.660,2	3.292,9
16	2.762,2	3.393,8
17	2.864,3	3.494,5
18	2.966,2	3.595,0
19	3.068,3	3.694,8
20	3.092,6	3.720,8
21	3.167,6	3.832,1
22	-	3.870,4

In der Gehaltsstufe	Dienstklasse				
	IV	V	VI	VII	VIII
1	-	-	3.620,1	4.247,4	6.676,1
2	-	3.016,4	3.618,7	4.360,1	6.967,2
3	2.420,7	3.117,2	3.720,6	4.511,6	6.258,3
4	2.611,4	3.216,8	3.851,9	4.602,7	6.688,1
5	2.810,0	3.317,6	3.983,4	5.093,9	7.137,9
6	2.710,7	3.418,2	4.114,8	5.386,2	7.577,5
7	2.812,7	3.520,1	4.247,4	5.676,1	8.017,4
8	2.914,6	3.619,7	4.380,1	5.967,2	8.457,1
9	3.018,4	3.720,6	4.511,6	6.258,3	-

Wachdienstzulage § 143 GehG

Verwendungsgruppe	€
W3	95,2
W 2	111,4
W 1	127,7

Dienstzulage § 140 GehG

	€
im prov. Dienstverhältnis	42,8
Verwendungsgruppe W 2	
Dienstzulagenstufe	
1	80,5
2	143,7
nach einer Dienstzeit von 38 Jahren	170,7

Dienststufe	€		
	1a	1b	2
1	170,7	216,4	308,3
2	243,9	308,3	381,2
3	464,3	543,4	-

Bes. Dienstzulage § 141 GehG

Verwendungsgruppe	€
W 2	137,5
W 1	162,1

Dienstzulage § 142 GehG

Verwendungsgruppe	€
W 2	76,7
W 1	76,7

Vergütung § 145 GehG (12x)

Verwendungsgruppe	€
W 2	133,6
W 1	133,6

DKL	Verwendungsgruppe W 1		€
	Leutnant	Oberleutnant	
III und IV	Leutnant	Oberleutnant	181,9
	Hauptmann	-	278,6
ab V	-	-	304,5

Die durchschnittliche Erhöhung beträgt 7,32 Prozent, durch die Spreizung kommt es bei den untersten Gehaltsgruppen sogar auf bis zu 9,41 Prozent



Foto: Adobe Stock

Ein guter Abschluss in schwierigen Zeiten

Das ist ein guter Abschluss in schwierigen Zeiten, der für alle Seiten positiv ist.“ Mit diesen Worten begrüßt August Wöginger, ÖVP-Sozialsprecher und Klubobmann, das gute Ergebnis, das die Verhandlungen für den öffentlichen Dienst gebracht haben.

Die durchschnittliche Erhöhung beträgt 7,32 Prozent, durch die Spreizung kommt es bei den untersten Gehaltsgruppen sogar auf bis zu 9,41 Prozent, dann schleift es sich linear auf 7,15 Prozent ein.

Fair und verantwortungsvoll

„Die Verhandlungen, die von allen Seiten fair, ver-

antwortungsvoll und auf Augenhöhe geführt wur-

Wöginger zum Gehaltsabschluss im öffentlichen Dienst: „Die Verhandlungen haben sich gelohnt – Leistung des öffentlichen Dienstes wird honoriert“

den, haben sich gelohnt“, so Wöginger.

„Die schwierigen Zeiten gehen natürlich auch am öffentlichen Dienst nicht

vorbei. Ganz im Gegenteil. Der öffentliche Dienst ist eine unverzichtbare Basis für das Funktionieren unseres Staates. Gerade in den herausfordernden Zeiten der Krise – Stichwort Corona, Teuerung und Energie – konnten und können wir uns auf die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst in Österreich zu hundert Prozent verlassen. Mit dem Gehaltsabschluss wird diese Leistung und Verlässlichkeit des öffentlichen Dienstes honoriert, das freut mich als ÖAAB-Chef besonders“, sagt Wöginger. Rückfragehinweis:



August Wöginger
ÖVP-Sozialsprecher
und Klubobmann



Der g'rade Michl Mit Optimismus gegen den Hass



Foto: Erica Filippel

„Wo Liebe wächst, gedeiht Leben – wo Hass aufkommt droht Untergang.“

(Mahatma Gandhi)

In einer Zeit multipler Krisen ist es schwer, sich negativer Gedanken zu entledigen. Und dennoch ist es wichtig positiv zu bleiben. Gerade jetzt, wo Weihnachten vor der Tür steht, sollten wir hoffnungsvoll sein. Trotz Krieg in der Ukraine, Inflation und anderen Dilemmatas - es ist die Zeit der Ruhe und Besinnlichkeit, in der Negativität, Hass und Niedertracht keinen Platz haben sollten.

Natürlich verspürt man eine gewisse Ohnmacht, auf bestimmte Situationen persönlich keinen großen Einfluss zu haben. Man schlägt die Zeitung auf, liest die Schlagzeilen, und hat den Eindruck, vor dem Abgrund zu stehen. Dem ist nicht so. Davon sind wir noch sehr weit entfernt! Krisenzeiten gab es in der Geschichte immer wieder – wir lernen daraus und gehen gestärkt hervor. Natürlich kann man als Einzelperson an den großen (Generations-)Miseren nichts ändern. Sehr wohl

kann man aber einen individuellen Beitrag leisten. Was wir ad-hoc sicher können, ist, die eigene Sichtweise auf die Dinge zu ändern, positiv zu bleiben und sich klarzumachen, dass jede Krise ihr Ende findet. Danach kommt – ganz sicher - der Aufschwung!

Mit Negativität, Hass und Zwietracht ist sicher niemandem geholfen. Mit Freude und einem Lächeln hingegen schon!

Freude und Lachen

Was also kann man tun, um positiv zu bleiben und die eigene Zufriedenheit zu „trainieren“? Möglicherweise hilft es, die freien Tage um Weihnachten für Dinge zu nutzen, die einem wirklich guttun - nicht im Schnelldurchlauf, sondern mit viel Zeit und Bedacht.

Es hilft, die Familie zu treffen, aber auch, am besten optimistische, Freunde und Bekannte – das sollten wir auch im Alltag viel öfter tun. Nicht notwendige Diskussionen, wie jegliche Art negativer Gedanken, die am Weihnachtstisch auftreten gilt es zu vermeiden. Zu dieser Entschleunigung haben elektronische Geräte inklusive (un)sozialer Medien natürlich keinen Platz. Anstatt über „Bad News“ zu sprechen, kann man sich genauso gut über die positiven Geschehnisse des vergangenen Jahres austauschen und sich über die kleinen Dinge im Leben erfreuen. Sorgt man sich wegen des Krieges und verspürt Wut und Hilflosigkeit, sollte man sich besinnen und jedenfalls Gutes tun – mit einer Spende ist ein wertvoller Beitrag für die Menschen in der Ukraine getan. Mit Negativität, Hass und Zwietracht ist sicher niemandem geholfen. Mit Freude und einem Lächeln hingegen schon!



www.dieexekutive.at

Rekordbudget im Kampf gegen Kriminalität

Das höchste Sicherheitsbudget der Zweiten Republik bringt mit 4,7 Milliarden Euro langfristige Investitionen für die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung.

„Wir werden 2023 im Vergleich zum heurigen Jahr rund 700 Millionen mehr in die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung investieren können“, freuten sich Innenminister Gerhard Karner und der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Franz Ruf, am 24. Oktober 2022 anlässlich der Präsentation des größten Sicherheitsbudgets in der BMI-Geschichte in der Meidlinger Kaserne in Wien.

„Sicherheit ist ein kostbares Gut, das es nicht zum Nulltarif gibt“, betonte Innenminister Karner. Man werde das Geld der Steuerzahler verantwortungsbewusst in die Sicherheit der heimischen Bevölkerung investieren, „damit die Menschen in Österreich weiter sicher, friedlich und gut leben können.“ Österreich sei immer noch eines der sichersten Länder der Welt, betonte Karner. Damit dies auch so bleibe, müsse aber weiter in den Kampf gegen die Schleppermafia, den Terrorismus und Cyberkriminelle investiert werden.

Herausforderungen

Angesichts der Vielzahl an Herausforderungen sei ein Rekordbudget notwendig, um „aktuelle Krisen und Katastrophen effizient managen und den Grenzschutz weiter ausbauen zu können“, so der Innenminister, der auf über 500 festgenommene Schlepper allein im heurigen Jahr verwies. Für den effektiven Kampf gegen Kriminalität und Schlepperwesen benötige es nicht nur engagier-



Foto: BMI/Gerd Pachauer

te und ausreichend viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch moderne Ausrüstung und Aus-

stattung, eine zeitgemäße Infrastruktur sowie ein breitgefächertes Aus- und Weiterbildungsangebot für Polizistinnen und Polizisten.

Modernisierung und Investitionen

Auch Generaldirektor Franz Ruf betonte, dass man angesichts der Vielzahl an Herausforderungen, „in hochwertige Ausrüstung, Modernisierung und professionelle Infrastruktur“ investieren müsse – und dies auch bereits mache. Neben zahlreicher Reformen im Nachrichtenwesen und strukturellen Anpassungen im Bundeskriminalamt verwies Ruf auf infrastrukturelle Neuerungen wie das geplante Sicherheitszentrum in Wien Meidling, das

im Endausbau 2024 fertiggestellt werden soll. Auch das bereits etablierte Cybercrime-Center im Bundeskriminalamt werde weiter ausgebaut, versprach Ruf: „Aktuell versehen etwa 70 Expertinnen und Experten ihren Dienst, in den nächsten Jahren werden wir das Personal auf 120 aufstocken und eine weitere Spezialisierung des Aufgabengebiets vornehmen.“

Terrorismus

Im Bereich der Terrorismus- und Extremismusabwehr kündigte der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit die Anschaffung 23 mobiler Drohnenabwehrsysteme, eines Multifunktionsfahrzeugs sowie drei sondergeschützter Mannschaftstransporter („Survivor“) an. Darüber hinaus werde Schutzausrüstung gegen chemische und nukleare Gefahren benötigt, betonte Ruf mit Verweis auf mögliche Gefahrenlagen durch den Krieg in der Ukraine. „Wir müssen uns unsere Fähigkeiten, den Herausforderungen an die innere Sicherheit kompetent und professionell zu begegnen, nicht nur behalten, sondern weiter ausbauen“, ist Ruf überzeugt.

Es wird in hochwertige Ausrüstung, Modernisierung und professionelle Infrastruktur investiert



*Würde gar mich einer fragen, wohin die Demonstranten tragen, die offenbar chaotisch ticken, auf Straßen und Podesten picken, dann würde ich die Antwort geben: Lasst doch die Protestierer kleben!
Für jeden Stau, für jeden Schaden, den „klebend“ sie verursacht haben, hat jeder „Kleber“ aufzukommen. Zugleich wird er in Haft genommen. Dort kann er dann sein Bestes geben, und „staatsbedientet“ Sackerl kleben!*

Willibald Zach Oberst i.R.

Klebeaktionen!

Foto: wikimedia/Stefan Müller



Mag. Michaela Steinacker
ÖVP-Justizsprecherin

Bei einer der wesentlichen Grundsäulen unserer Demokratie, nämlich dem Justizwesen, sind wir gefordert, einen allzeit funktionierenden, modernen und vor allem verlässlichen Rechtsstaat zu bieten. Das setzen wir mit diesem Budget um, zeigte sich ÖVP-Justizsprecherin Mag. Michaela Steinacker erfreut über die Erhöhung um 214,9 Millionen im Justizbudget.

„Somit werden 2023 dem Bereich Justiz rund 2,1 Mil-

liarden Euro zur Verfügung stehen. Das ist ein bedeutendes Signal für die Stärkung unserer Justiz - für

Im Strafvollzug stehen rund 50 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich zur Verfügung

Strafverfolgung, Rechtsprechung, Justizverwaltung und den Strafvollzug“, unterstrich die Abgeordnete. Dabei würden wichtige Maßnahmen und Projekte zu Schwerpunkten, die im Regierungsprogramm festgelegt wurden, umgesetzt.

50 Millionen für den Strafvollzug

Die Justizsprecherin dankte sich zudem bei jenen Menschen, die für die Justiz gewissenhaft, sorgfältig und engagiert arbeiten. Für die personelle Aufstockung stehen 15,1 Millionen Euro zur Verfügung. Im Strafvollzug stehen rund

50 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich zur Verfügung, dies unter anderem auch für den Ausbau von Haftanstalten, wie zum Beispiel der Justizanstalt Göllersdorf (mit rund 100 zusätzlichen Haftplätzen) oder für Modernisierungsmaßnahmen – auch im Sinne des Klimaschutzes. Steinacker hob in diesem Zusammenhang die Wärmedämmung der Fassaden oder das Pilotprojekt für PV-Anlagen an der Außenstelle in Münchendorf hervor. Steinacker zeigte sich abschließend überzeugt, mit diesem Justizbudget eine gute Basis für die Arbeit der nächsten Jahre zu schaffen.

Pressestelle des ÖVP-Parlamentsklubs

**Steinacker:
„Somit werden 2023 dem Bereich Justiz rund 2,1 Milliarden Euro zur Verfügung stehen.“**

Agnello Ges.m.b.H.

**Import Großhandel
Obst, Gemüse, Südfrüchte**

8020 Graz, Josef-Huber-Gasse 35
Telefon (0316) 72 72
Telefax (0316) 71 24 59